

**Christa Wichterich**

## **FROM PASSION TO PROFESSION?**

### **Mehr Fragen als Antworten zu Akteurinnen, Interessen und Veränderungen politischer Handlungsbedingungen der neuen internationalen Frauenbewegung**

Im Herbst 2000 nahm Vivienne Taylor, Politikprofessorin in Kapstadt, die die südafrikanische Regierung beim Aufbau eines Sozialhilfesystems berät, in Bonn an einer Tagung des NRO-Frauenforums zu „25 Jahre internationaler Frauenpolitik“ teil. Nach der Abschlussdiskussion über die Verknüpfung nationaler und internationaler Politiken sagte Vivienne im Weggehen: “If you won’t get the passion back, nothing will work.”

Was ist geschehen mit der feministischen Emphase und dem feministisch Visionären der neuen Frauenbewegungen, als sie in den neunziger Jahren ihre Gehversuche in der internationalen Politikarena machten? Beim “going global” haben sich Organisations- und Politikformen verändert. Das Wie und Warum dieser Veränderungen sind im folgenden Gegenstand meiner Analyse und Überlegungen.

Das zentrale Projekt der neuen Frauenbewegungen seit den sechziger Jahren im Norden und Süden war die Politisierung des Privaten, die öffentliche Thematisierung der Geschlechterungleichheit als gesellschaftliche Machtfrage. Dieses Projekt wurde in den neunziger Jahren auf der internationalen Ebene weitergeführt, als eine neue Weltordnungspolitik nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung und als Antwort auf die Globalisierung von sozialen, ökonomischen und ökologischen Risiken und Problemlagen ausgehandelt wurde. Es wurde dahingehend fortgesetzt, dass Frauen-NGOs und Netzwerke in den Regimen und internationalen Regularien von *Global Governance*<sup>1</sup> auch *Gender Governance* etablieren wollten. So versuchten sie in *Umwelt Governance* als Ressourcenmanagement, in *Social Governance* als Armutsminderung, in *Bevölkerungs-Governance* als Fortpflanzungs- und Migrationsregulierung jeweils eine Geschlechtersensibilisierung und -differenzierung einzubringen (Dorsay 1997, Ruppert 1998, Meyer; Prugl 1999). Als zentrale Strategie zur Verankerung von *Gender Governance* auf globaler und nationaler Ebene wurde *Gender Mainstreaming* identifiziert. Als normativen Bezugsrahmen für *Gender Governance* stellten Frauen-NGOs das Menschen-/Frauenrechts-Paradigma auf und globalisierten es, indem sie es in die Aushandlungsprozesse einbrachten und in die globalen Regularien als weltbürgerliche Normen zu integrieren versuchten (Bunch/Reilly 1994, Schuler 1995).

Im Prozess des “going global” konstituierte sich selbst organisierend das, was „neue internationale Frauenbewegung“ (Rupp 1997, Wichterich 1999), „globale Frauenbewegung“ (Ruppert 2000), „dritte Frauenbewegung“ (Dackweiler/Schäfer 1999) oder auch “global women’s lobby” (Alvarez 1999) genannt worden ist. Ich verstehe unter dieser neuen internationalen Frauenbewegung den politischen Handlungszusammenhang, der sich um das Scharnier der UN-Konferenzen der neunziger Jahre herum konstituierte und sich strategisch auf die Beeinflussung institutionalisierter Politik auf nationaler und internationaler Ebene ausrichtete. Als dominante Politikformen wurden *Lobbying* und *Gender Mainstreaming* angewendet. Dieser Handlungszusammenhang war höchst integrativ und wurde zum Sammelbecken von politisch sehr unterschiedlichen Kräften, Frauen-NGOs, Netzwerken und feministischen Aktivistinnen, solche

---

<sup>1</sup> James Rosenau gilt als herausragender Protagonist des Konzepts von *Global Governance*. Er führte den Begriff zur Bezeichnung von „Ordnungssystemen auf allen Ebenen menschlichen Handelns“ ein – im Unterschied zu staatlicher Autorität und den formalen Institutionen von Regierungen. Die von Willy Brandt Anfang der neunziger Jahre ins Leben gerufene *Commission on Global Governance* machte das Konzept in ihrem 1995 erschienenen Bericht “*Our Global Neighbourhood*” bekannt. In Deutschland wurde das Konzept vor allem vom Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) in Duisburg weiterentwickelt und in jüngster Zeit kritisch bearbeitet von Brand u. a. (2000) und aus feministischer Sicht von Uta Ruppert (1998, 2000).

die emanzipativ auf die Transformation gesellschaftlicher Strukturen zielgerichtet waren und andere, die sich gleichstellungsorientiert vor allem auf Partizipation und Überwindung der zivilgesellschaftlichen und politischen Ausgrenzung von Frauen richteten (Wichterich 1995, Ruf 1995, Wichterich 2000b).

Der Begriff „Frauenbewegung“ homogenisiert und harmonisiert, konstruiert einen Akteurinnenblock, eine Einheit, obwohl in dem Prozess selbst das Szenario immer vielschichtiger und heterogener wurde, sich immer mehr Gruppen mit speziellen Problemkonstellationen und Partikularinteressen artikulierten. Trotzdem scheint der vereinheitlichende Begriff Frauenbewegung dadurch gerechtfertigt, dass in der ersten Hälfte der neunziger Jahre klar Gemeinschaftsgüter (*commons*<sup>2</sup>) in Form von Solidarität, Gemeinsamkeiten und Konsens in Bezug auf Problemdefinitionen, Interessen, Strategien, Bündnisbildung und Ziele formuliert wurden. Zielgerichtete Solidarisierung und „strategische Verschwisterung“ (Agarwal 1995) waren Grundlage dafür, auf dem internationalen Parkett als politisches Kollektivsubjekt auftreten zu können. Nach außen wurde eine Identitätspolitik betrieben, die sich in der Formel „Wir Frauen aus vielen Ländern“ niederschlug und in der Außendarstellung die inneren Interessenunterschiede und Kontroversen verdeckte. Dabei ging es nicht um die Konstruktion einer homogenen oder hegemonialen Geschlechtsidentität. Vielmehr war diese Identitätspolitik eine Strategie, um politische Artikulations- und Schlagkraft beim Eintreten in die internationale Verhandlungspolitik zu gewinnen, was Spivak „strategischen Essentialismus“ nennt (vgl. zur Diskussion: Kerner 1999:48f)

In dem herausragenden Positionierungsdokument dieser Bewegung, der Women's Action Agenda von Miami heißt es 1991: „Wir Frauen aus vielen Ländern sind zusammengekommen, um... wir sind hier als einige wenige Privilegierte, aber wir sprechen im Namen derer, die nicht mit uns sein konnten: der Millionen von Frauen, die täglich Gewalt, Armut, Umweltzerstörung und Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und Körper erfahren ... In Anerkennung unserer Vielfalt ... werden wir die Prinzipien dieses Aktionsprogramms verbreiten.“ (in: Wichterich 1992: 130ff)

Hier artikuliert sich anwaltschaftliche Politik als Stellvertretungspolitik, die mit dem politischen, aber nicht formal-demokratisch legitimierten Anspruch der Basisrepräsentation auftrat. Konsens waren gemeinsame Prinzipien und Lektorientierungen, die aus einer Entwicklungs-, Patriarchats- und Kapitalismuskritik abgeleitet wurden und die die Vielfalt der Akteurinnen, ihr unterschiedlichen Ansätze und politischen Positionen integrierte bzw. nicht berührte.

### **Politische Subjekte der Bewegung und Handlungsfelder**

Im Folgenden sollen die Akteurinnen hinter der Chiffre „Frauenbewegung“ und die Bedingungen ihrer politischen Arbeit genauer betrachtet werden. Zwei Prototypen kristallisierten sich in den neunziger Jahren aus der sich immer weiter ausdehnenden und ausdifferenzierenden Landschaften von NGOs aus, nämlich Bewegungs-NGOs, die aus sozialen Bewegungen erwachsen oder gar noch in ihnen wurzeln, und Beratungs- oder ExpertInnen-NGOs, die gegründet wurden, um Expertise, spezialisiertes Wissen und Können anzubieten.

Charakteristisch für die zivilgesellschaftlichen Kräfte – national, regional und international – die in den neunziger Jahren versuchten, sich in das Aushandeln der verschiedenen Global Governance Regime einzumischen, war eine Organisationsidentität, die sich aus politischer Bewegtheit und Expertise zusammensetzte (Wahl 1998). Typisch für die Frauen-NGOs und Netzwerke ist eine hybride Identität von feministisch-emanzipativer Zielgerichtetheit und Emphase einerseits, fachlicher und polit-technischer Professionalität andererseits. Genau diese Verknüpfung von frauenpolitisch „leidenschaftlichem“ Engagement, *passion*, und spezialisierter

---

<sup>2</sup> Der Begriff Gemeinschaftsgüter kommt aus dem ökonomischen und dem ökologischen Bereich. Die Allmende, das gemeinschaftlich nutzbare Weideland im Dorf, war ein klassisches *common*. Der Begriff wurde in der neueren Umweltdiskussion auf die globale Sphäre übertragen. So gelten die Erdatmosphäre, die Ozonschicht und die weltweiten Klimaentwicklungen als *global commons*.

Kompetenz, *profession*, machte die spezifische Anwaltschaft (*advocacy*) aus, die dann "global women's lobby" genannt wurde. Die Mischung führte nicht nur zu den Wahrnehmungs- und Durchsetzungserfolgen der Frauen-NGOs, sondern sie schuf auch ihre politische Legitimität anstelle von direkter Repräsentanz und begründeten die Akzeptanz, die ihnen von Seiten staatlicher Akteure entgegen gebracht wurde. Außerdem brachte diese politische Glaubwürdigkeit den Frauen-NGOs eine Sympathiewelle der Medien ein, die ihnen öffentliche Aufmerksamkeit verschafften, weil ihre Anwaltschaftspolitik paradigmatisch dafür war, wie machtschwache zivilgesellschaftliche Kräfte Stimme und Stärke in internationalen Politikfeldern gewinnen können.

Zwei unterschiedliche politische Interaktionsfelder der Frauen-NGOs sind zu unterscheiden: einmal die Interaktion zwischen NGOs, Aktivistinnen und Netzwerken. Die wichtigste Veränderung in diesem Interaktionsterrain war in den neunziger Jahren die Verdichtung der Kommunikation und dadurch der Vernetzung, einerseits durch den UN-Konferenzzyklus und alle physischen Treffen in dessen Kontext, andererseits und vor allem aber durch Begegnungen virtuellen Räumen dank der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. E-Mail und Internet waren nicht nur Kommunikationsinstrumente und Handwerkszeug, sondern wurden zum eigenständigen Interaktionsterrain, das die neue internationale Frauenbewegung als Handlungszusammenhang und politische Akteurin mitkonstituierte.

Trotz ihres demokratischen Potentials stellen diese Handlungsfelder jedoch keine neuen globalen *commons* mit universal zugänglichen Kommunikationsmöglichkeiten und Informationen dar. Die Idee vom globalen herrschaftsfreien Diskurs im Internet ist umgehend am mangelnden Zugang (*digital gap*) großer Teile der Bewegung vor allem in Ländern des Südens und Ostens und an neuen Hegemoniestrukturen zerschellt. Auch in diesem neuen Handlungsterrain wiederholen sich Ausschlüsse und Hierarchien, Ungleichheiten werden nicht beseitigt.

Das zweite politische Interaktionsfeld der NGOs ist das mit staatlichen und UN-Akteuren, mit politischen Institutionen. Ende der neunziger Jahre kommt Sonia Alvarez in ihrer Analyse der feministischen NGO-Szene in Lateinamerika (1999) zu dem Schluss, dass sich die hybriden Feminismen und Organisationsidentitäten der Bewegungs- und Beratungs-NGOs zunehmend auflösen und der professionelle Anteil der Arbeit in dem Maße in den Vordergrund tritt, wie feministische NGOs als Politikberaterinnen oder Implementiererinnen politischer Maßnahmen tätig werden und in die Vor- und Nachbereitungsprozesse der UN-Konferenzen eingebunden wurden.

Zum einen nehmen viele Frauen-NGOs die Partizipations- und Kooperationsangebote politischer Institutionen und Verhandlungen an, weil sie hoffen, neue demokratische Möglichkeiten und Räume politischer Einflussnahme wahrnehmen und vielleicht sogar Zipfel der Macht ergreifen zu können, um ihre frauenpolitischen Ziele umsetzen zu können.

Zum anderen hat gerade das in den neunziger Jahren als wichtigste frauenpolitische Strategie ausgerufene Gender Mainstreaming in reformwilligen politischen Institutionen einen großen Bedarf an ressort-spezifischer Expertise, an Trainingskapazitäten und an Verfahrensentwicklung erzeugt, den die Institutionen selbst nicht decken können. Also holten sie kompetente Frauen aus der NGO-Szene in die Verwaltung oder aber – und dies entspricht dem neoliberalen Trend zur Verschlinkung des öffentlichen Diensts und der allgemeinen Tendenz zur Deregulierung und Informalisierung des Arbeitsmarkts – sie kauften sich auf dem Markt Expertise auf Zeit, nämlich bei den Frauen-NGOs. Alvarez spricht in Bezug auf Lateinamerika von einem „Boom von Unterauftragsvergabe“ durch Regierungen, Ministerien und Behörden an NGOs und von frauenpolitischen Consultings als „Wachstumsbranche“.

### **Gender Mainstreaming als Markt**

Auf diese Weise entsteht einerseits eine dienstleistende Zulieferindustrie für Frauenpolitik, andererseits wird ein Markt, ein *Mainstreaming*-Markt, geschaffen, auf dem Frauen-NGOs und

Frauen-Projekte konkurrieren um Partizipation und Einflussmöglichkeiten wie auch um Ressourcen, Finanzen und Beschäftigung. Auf diesem Markt wächst der Druck zu Professionalisierung und fachlicher Spezialisierung für NGOs. Wenn z. B. das Netzwerk *Women in Development Europe* (WIDE) bei der EU einen Projektantrag für Lobbyaktivitäten bei europäischen Regierungen im Rahmen des Lomé/Cotonou-Abkommens beantragt oder bei der Ford-, MacArthur- oder Soros-Stiftung einen Antrag auf Kooperation mit lateinamerikanischen Frauen-NGOs bezüglich der Auswirkungen regionaler Handelsabkommen auf Frauen stellt, dann konkurrieren diese Anträge mit denen anderer Frauen-NGOs und werden profunden Qualitäts- und Rechenschaftsprüfungen unterworfen. Eine NGO wie Terre des Femmes verwendet ein Drittel ihrer gesamten Arbeitszeit auf Formulierung von Projektvorschlägen, Akquise und vorformatierte Berichterstattung über die Projektdurchführung.

In viele Analysen der neuen Politik- und Organisationsformen von Frauen in den neunziger Jahren haben sich hinterrücks eine Verklärung und Romantisierung von frauenpolitischer Arbeit dahingehend eingeschlichen, als würde diese Arbeit in einem ökonomie- und reproduktionsfreien Raum jenseits aller Märkte stattfinden. Dies tut sie nicht, denn nur ein kleinerer Teil dieser frauenpolitischen Aktivitäten ist ehrenamtliche Arbeit und der größte Teil wird im Projektformat außen finanziert geleistet. Die politische Ökonomie der frauenpolitischen und frauenbewegten Arbeit der letzten Jahrzehnte ist in der feministischen Analyse bisher weitgehend unterbelichtet geblieben, obwohl die Markt- und Vertragsförmigkeit dieser Arbeit ein – natürlich nicht der einzige, – aber ein wichtiger Bestimmungsfaktor von Form und Inhalt ist.

Das Projektformat, in das die frauenpolitische und feministische Arbeit zwecks Finanzierung eingepasst wird, formatiert die Arbeit und kanalisiert oder kappt Bewegungsdynamiken, indem es sie in *logical frameworks*, Planungs-, Überprüfungs- und Evaluierungsschemata presst, übrigens Verfahren, die sämtlich aus dem militärischen Bereich oder dem unternehmerischen Management stammen. Inhaltlich führt dieses technische Planungs- und Durchführungsinstrumentarium zwangsläufig zu einer Politik der kleinen, überprüfbaren pragmatischen Schritte und unterwirft politische Arbeit dem Effizienzdogma (Taylor 2000:60). Auf diese Weise wirken Finanzierung und Projektformat als Hebel, um die politische „Anschlussfähigkeit“ und professionelle An- und Einpassung von Frauen-NGOs an Form und Inhalt von Institutionenpolitik zu fördern.

Der Professionalisierungsdruck führt dazu, dass eine Vielzahl von Aktivistinnen, die zehn, fünfzehn Jahre lang in Frauen-NGOs, Frauenprojekten, Frauenpolitik gearbeitet haben, aus dem Norden wie aus dem Süden, sich durch post graduierte Studiengänge zu Organisationsentwicklung und -wandel, zu Qualitätsmanagement und Prozessoptimierung sowie in Verwaltungswissenschaften weiter qualifizieren. Das bedeutet eine Verlagerung ihres Aufmerksamkeits- und Kapazitätsschwerpunkts auf Verfahrenstechniken und Durchführungsmethoden. Diese Frauen qualifizieren sich zu hochkarätigen Organisations-, Management- und Verfahrensprofis.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass Professionalisierung und Kapazitätsbildung für Frauen-NGOs notwendig sind, um als fachlich und strategisch kompetente Verhandlungs- und Kooperationspartner staatlicher Akteure akzeptiert zu werden und Finanzierungszuschläge und Projektverträge zu bekommen. Sie sind Grundlage dafür, dass Frauenbewegungen Wort-, Lobby- und Verhandlungsführerinnen hervorbringen, aber auch dafür, dass die NGOs durch Interaktion und Kooperation mit politischen Institutionen zum politischen Gegenüber, zum Gegenspieler oder zur Co-Elite avancieren. Professionalisierung, die zunehmende Spezialisierung und die Herausbildung von Facheliten finden auf globalisierten und zunehmend differenzierten Arbeitsmärkten statt, wo nicht nur Einkommen erwirtschaftet, sondern auch Prestige und soziale Stratifizierung erzeugt wird. Dies führt zu differenzierten und hierarchischen Strukturen in den Bewegungen, häufig z. B. zwischen hauptamtlichen Profis und ehrenamtlichen feministischen Aktivistinnen. Da in NGOs und Netzwerken selten Mechanismen der Rückkopplung oder Kontrolle auf und zwischen den verschiedenen Handlungsebenen etabliert sind, ist dies ein Hochrisikofeld für bewegungsinterne Demokratieprobleme.

Die Hierarchisierung schafft ein ganzes Fragenbündel, das die politische Praxis noch nicht vollständig beantwortet hat. Werden aus den neuen Facheliten nicht allzu schnell Machteliten? Wie verhalten sich diese neuen Eliten als politische Akteurinnen zum Rest der Bewegung, deren Rückhalt sie ihre politische Einfluss- und Machtposition verdankt? Schwimmen sie wie eine Ölschicht auf der Bewegung, in der ihre politischen Erfolge wurzeln? Oder wie sehen die Transmissionsriemen zwischen der Bewegungsbasis und den Führungsgruppen aus, zwischen dem Draußen und Drinnen in politischen Institutionen, zwischen dem Lokalen, Regionalen und Globalen? Trifft hier noch das Bild des Banyan-Baums, das neue soziale Bewegungen in Indien häufig bemüht haben: ein breiter Stamm und eine ausladende Baumkrone aus der Luftwurzeln in den Boden zurück wachsen, aus dem wiederum neue Sprößlinge schließen...

### **Gender Mainstreaming als politisch-technische Gebrauchsanweisung**

Auf dem Mainstreaming-Markt mit verstärktem Konkurrenz- und Effizienzdruck wächst das Vereinbarkeitsproblem von *passion* und *profession*, denn die politische Kooperation ist ein Grenzkorridor, in dem Einvernehmen und Vereinnahmung bekanntlich dicht beinander liegen. Es stellt sich verschärft die Frage, ob überhaupt und wie sich Herrschafts- und Systemkritik und die auf gesellschaftliche Transformation gerichteten Zielorientierungen von Frauenbewegungen in politische Institutionen hineintragen lassen.

Dieses offensichtliche Dilemma hat in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre dank einer Konvergenz der Interessen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren eine durchaus friedliche und konstruktive Verlaufsform gefunden. Grundlage der Kooperation ist das gemeinsame Anliegen, „institutionelle Verfahren auf die Reihe zu kriegen“, um Politiken zu *gendern*, internationale Konventionen, globale Aktionspläne und globalisierte Frauenrechte umzusetzen.

Dieses konsensuale Interesse am „*Getting institutional procedures right*“ (Goetz 1997) führt zu einer Fokussierung auf Methoden und Mechanismen, die aus zwei Gründen strategisch sinnvoll ist: Zum einen soll ein detailliertes Instrumentarium die Umsetzung der auf den großen UN-Konferenzen verabschiedeten Aktionspläne in Gang setzen oder erleichtern, denn diese sind keine rechtlich verbindlichen Regularien, sondern lediglich Appelle und politische Handlungsempfehlungen. Und selbst die Umsetzung der völkerrechtlich bindenden Konventionen erweist sich als äußerst schwierig. Zum anderen hat die Implementierung von Politiken und Programmen gezeigt, dass konsistente Durchsetzungstaktiken und -strategien an jedem Punkt von Maßnahmen und Projektverläufen einhaken müssen, damit Gender Mainstreaming nicht in eine Falltür zwischen Rhetorik und Realität, zwischen Programmatik und Praxis fällt.

Stattgefunden hat durch die Partizipation von Frauen-NGOs und durch ihre Kooperation mit politischen Institutionen eine technokratische Bearbeitung des *Gender-Ansatzes* mit der Entwicklung von Verfahrenstechniken, Mechanismen und Instrumenten, vom *Gender Training* über *Gender Budgets* bis zur Quotierung. Mit dieser Art Benutzeroberfläche können die verschiedenen politischen Ressorts durchkämmt und gegendert werden. Dies nimmt im Prinzip die alte formal-liberale Forderung auf, Ausschluss und Diskriminierung zu überwinden und Gleichheit durch Zugang, Beteiligung und Integration von Frauen herzustellen.

Wie ist z.B. der Anspruch der Agenda 21 von Rio de Janeiro, Frauen bzw. einen Gender-Ansatz in Umweltpolitiken, -maßnahmen und -projekte einzubringen, in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit der OECD-Länder umgesetzt worden? Zwar nicht unmittelbar nach der Rio-Konferenz, aber in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wurden sektorspezifische und institutionsinterne Verfahren, Techniken und Tools zum Gender Mainstreaming in Umweltbezogenen Projekten entwickelt. Dies ist ein Fortschritt, denn diese Instrumente eröffnen die Möglichkeit, eine Geschlechterdifferenzierung in bestehende Strukturen, Institutionen und Politiken sowie in das existente Entwicklungsparadigma einzubringen (Woroniuk u. a. 1998). So wird überprüft, wie Bäuerinnen aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und Ressourcenverfügung Bewässerungssysteme nutzen können. Vorgelagerte Fragen aber, ob das

Bewässerungssystem nachhaltig und gendergerecht ist, ob vielleicht durch einen Staudammbau mehr Felder von Bäuerinnen zerstört wurden als nun bewässert werden können, bleiben bei diesen sektor- und ressortbegrenzten Umsetzungsverfahren unberührt. Entwicklungsstrategien und -strukturen werden als Rahmenbedingungen vorausgesetzt, d.h. die entwicklungspolitische Agenda wird nicht zur Diskussion und Disposition gestellt (Braunmühl 1998, Kerner 1999). Raum für eine alternative, auf Strukturkritik basierende Agenda und strukturverändernde Zielformulierungen ist in diesen Mikrokosmen der Sektoren und Verfahrensweisen nicht (Madörin, Ochsner 1998).

In der von DAWN (1995) formulierten Strategie der „Transformation durch Partizipation“ steckte die Hoffnung, dass Partizipation und Mainstreaming einer Geschlechterperspektive dazu führen könnten, dass sich Inhalte, Strukturen und politische Kultur verändern und eine Neubestimmung der gesamten politischen Tagesordnung anstehen würde. Doch das Beispiel zeigt, wie schnell die Partizipationsstrategie an institutionelle Grenzen stößt, in den Sog des effizienz- und transparenzorientierten Methoden- und Indikatorenbooms der neunziger Jahre gerät und sich in einer Technokratisierung des *Gender* Ansatzes abstrampelt. Die Grenzen liegen da, wo die institutionalisierte Politik nicht bereit ist, sich zu öffnen für ein Neu-Aushandeln der Agenda und für strukturelle Veränderungen.

Die Fokussierung auf Partizipationsmöglichkeiten und Verfahrenstechniken wie das Abarbeiten an politischen Vorgaben bindet bei der Aushandlung, Formulierung und Umsetzung von Politiken so viele Arbeitskräfte und so viel Aufmerksamkeit, dass das eigene *Agenda setting*, das emanzipatorische Ziel der Transformation von Strukturen wie auch Entwürfe von Alternativen zu kurz kommen oder schwer unterzubringen sind. Auch die Wahrnehmung aller Partizipationsangebote in Gremien und Verhandlungen, der Druck zur *allround-Lobby*präsenz und die Nachfrage nach Kommentierung politischer Vorlagen absorbiert enorme Arbeitskapazitäten. Als im Juni 2000 in New York eine Bilanz-Konferenz fünf Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking stattfand, traten die Frauen-NGOs nicht mehr mit einer eigenen Agenda, mit alternativen Gesellschaftsvorstellungen und Visionen auf und konstituierten keine Gegenöffentlichkeit zum *Mainstream*. Stattdessen rackerten sie sich nur an der Verbesserung des Abschlussdokuments ab, dass die Regierungsdelegationen vorgelegt hatten und verhandelten (Wichterich 2000a).

### **Ortswechsel, Paradigmenwechsel?**

Entwicklungs- und Herrschaftskritik sowie alternative Gesellschaftsentwürfe scheinen derzeit an andere Orte ausgelagert zu sein. Das hat seine Ursache zum Teil in der strategischen Reduktion auf *Lobbying* und *Mainstreaming* in der Kooperation zwischen NGOs und politischen Institutionen. Ursächlich dafür sind aber auch zwei Entwicklungen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, die erneut eine Veränderung in Organisations- und Politikformen von NGOs auslösten und grundsätzliche Zweifel an den politischen Strategien von zivilgesellschaftlicher Partizipation, Mitmacht und Einflussnahme durch *Lobbying*, *Gender Mainstreaming* und Umsetzungsverfahren weckten.

Zum einen brach die Serie ökonomischer Krisen in Südostasien, Russland und Brasilien den Mythos der Globalisierung als Gewinnspiel für alle und als steuer- und kontrollierbaren Prozess. Die Politik erwies sich als völlig hilflos und unfähig, die Marktentwicklungen, vor allem die des Finanzmarkts zu regulieren.

Zum anderen wurde mit dem Bekannt werden des multi-lateralen Abkommens über Investitionen (MAI) überdeutlich, dass die entscheidenden politischen Prozesse, die mächtigsten Akteure und Institutionen eben nicht transparent und demokratisch agieren, sondern sich zivilgesellschaftlicher Beeinflussung und den oben genannten Strategien entziehen.

Eine Reaktion auf diese Erfahrungen war die Verhinderung einer weiteren Verhandlungsrunde zur Liberalisierung durch die Welthandelsorganisation WTO in Seattle (unter anderem) durch

den Druck der Straße. Seattle war Kristallisationsort für eine neue Sammlungsbewegung, nämlich von Gegnern und Gegnerinnen der neoliberalen Globalisierung, die politisch sehr unterschiedliche Herkünfte haben, überwiegend aus vernetzten Basisbewegungen wie *People's Global Action* kommen, aber auch aus linken US-Gewerkschaften und aus Menschenrechtsorganisationen, zu denen sich Intellektuelle, Lobbyfrustrierte, Altlinke und viele ganz junge Leute gesellten. Diese *New Voice Bewegung* außerhalb der politischen Institutionen, zu der sich Kräfte sammeln, die in klassischen Organisationen ihren politischen Ort nicht mehr finden, wurde zum neuen Forum für radikale Gesellschaftskritik, für Visionen und für auf gesellschaftliche Transformation orientierende emanzipative Politik. Sie grenzt sich gegen die Lobbypolitik ab und kehrt zu einem konfrontativeren basisnahen Politikstil und zu den alten Politikformen der Basismobilisierung, des Protests und der Demonstration zurück. Ihre Akte zivilen Ungehorsams haben erhebliche politische Symbolkraft entfaltet und Widerständigkeit signalisiert.

Auch der Weltmarsch der Frauen gegen Armut und Gewalt im letzten Jahr signalisierte die Rückeroberung der Straße als politischen Ort gegen den Trend, basis- und öffentlichkeitsfern durch UN-Arenen, Konferenzen und Institutionen zu marschieren. Der Weltmarsch war eine Wiederaufnahme und Re-Artikulation grundsätzlicher Gesellschafts- und Patriarchatskritik, die sich in den Verhandlungsmarathons und im Lobbying und Mainstreaming abgeschliffen haben. Sehr klar wurden in den Weltmarschaktionen mit dem Fokus auf Armut und Gewalt auf nationaler, regionaler und globaler Ebene gemeinsame Anliegen und Interessen (*common concerns*) identifiziert und formuliert (Olympe 13, 2000).

Diese jüngsten Veränderungen in der Frauenbewegungs-Szene werfen viele Fragen auf, die die Praxis noch nicht beantwortet hat. Hat hier eine Spaltung der neuen internationalen Frauenbewegung stattgefunden, zwischen den NGOs, die mit staatlichen Akteuren und politischen Institutionen kooperieren, „anschlusswillig“ und -fähig sind, und denen, die sich wieder autonomer, alternativer und kritischer artikulieren und nach neuen Wegen politischer Auseinandersetzung außerhalb der Institutionen suchen? Oder findet eine Arbeitsteilung zwischen den NGOs und teils sogar innerhalb einzelner NGOs und Netzwerke statt, eine Arbeitsteilung zwischen der zweifellos notwendigen, professionellen technokratischen Erarbeitung von Geschlechterpolitik und *Gender Governance* in den Institutionen und der genauso notwendigen Herrschaftskritik und Entfaltung emanzipativer Visionen auf der Straße, wobei auf der einen Seite das Professionelle dominiert, und auf der anderen die Passion?

Sicher gibt es die NGO-Pendlerinnen zwischen den Institutionen und den autonomen Orten, die den Spagat schaffen wollen. Und es gibt e-mail und Internet, die Kommunikationsgrundlage aller NGO-Akteure und beider politischen Handlungsterrains sind und diese idealiter verbinden. Aber wie wird sich in Zukunft Konsensbildung und strategische Verschwisterung jenseits der unterschiedlichen politischen Positionen und Interessen und jenseits der verschiedenen, vielleicht aber komplementären Strategien und Perspektiven organisieren? Wie werden die Bewegung diese Fragen in der nächsten Zukunft beantworten, welche gemeinsamen Anliegen und Interessen werden identifiziert und wie vermitteln sich feministisches Engagement und Professionalität zueinander? Notwendig sind sie jedenfalls beide, *passion* und *profession*, wenn die neue internationale Frauenbewegung politisch handlungs- und gestaltungsmächtig sein will.

**Agarwal, Bina, 1996:** From Mexico 1975 to Beijing 1995, in: Indian Journal of Gender Studies, Vol 3 No 1, S. 87-92

**Altvater, Elmar u. a. (Hg.), 1997:** Vernetzt und verstrickt, Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster

**Alvarez, Sonia, 1999:** The Latin American Feminist NGO Boom, in: International Feminist Journal of Politics, 1:2 September, S. 181-209

**Brand, Ulrich u. a., 2000:** Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster

**Braunmühl, Claudia v., 1998:** Der Gender Ansatz in der Entwicklungspolitik. Überlegungen zum sozialen Akteur von Transformation, in: Peripherie 72, S. 25-38

**Bunch, Charlotte; Reilly, Niamh (Hg.), 1994:** Demanding Accountability: The Global Campaign and Vienna Tribunal for Women's Human Rights, New Jersey/New York

**Dackweiler, Regina; Schäfer, Reinhild, 1999:** Lokal – national – international. Frauenbewegungspolitik im Rück- und Ausblick, in: Klein, Ansgar; Legrand, Hans-Josef; Leif, Thopmas (Hg.): Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen/Wiesbaden, S. 199- 224

**DAWN 1995:** Markers on the Way: The DAWN Debates on Alternative Development, Barbados

**Dorsay, Ellen, 1997:** The Global Women's Movement: Articulating a New Vision of Global Governance, in: Diehl, Paul (Hg.): The Politics of Global Governance. International Organization in an Interdependent World, S. 335-359

**Goetz, Anne Marie (Hg.), 1997:** Getting Institutions Right for Women in Development, London/New York

**Holland-Cunz, Barbara; Uta Ruppert (Hg.) 2000:** Frauenpolitische Chancen globaler Politik. Verhandlungserfahrungen im internationalen Kontext, Opladen

**Keck, Margaret; Kathryn Sikkink, 1998:** Activists Beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics, Ithaca

**Kerner, Ina, 1999:** Feminismus, Entwicklungszusammenarbeit und Postkoloniale Kritik. Ein Analyse von Grundkonzepten des Gender-and-Development Ansatzes, Hamburg

**Lenz, Ilse; Michiko Mae; Karin Klose (Hg), 2000:** Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen, Opladen

**Madörin, Mascha, Gertrud Ochsner, 1998:** Frauen zwischen Finanzmangel und Engagement – New NGO Management?, in: Olympe 9, Zürich, S. 74-79

**Meyer, Mary; Elisabeth Prugl (Hg.), 1999:** Gender Politics in Global Governance, New York

**Miller, Carol; Razavi, Shahra (Hg.), 1998:** Missionaries and Mandarins. Feminist Engagement with Development Institutions, London

**Olympe 13, 2000:** Marche mondiale des femmes. Exploration – ein Mosaik, Zürich

**Rodenberg, Birte, 1999:** Lokale Selbstorganisation und globale Vernetzung. Handlungsfelder von Frauen in der Ökologiebewegung Mexikos, Bielefeld

**Rodenberg, Birte; Wichterich, Christa, 1999:** Macht gewinnen. Eine Studie über Frauenprojekte der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland. Berlin

**Rucht, Dieter, 1996:** Multinationale Bewegungsorganisationen: Bedeutung, Bedingungen, Perspektiven, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 9/2, 1996, S. 30-41

**Ruf, Anja, 1996:** Weltwärts, Frauen! Von der Weltfrauenkonferenz in die globale Zukunft, Bonn

**Dies., 1996:** Transformation statt Global Governance, in: epd-Entwicklungspolitik 23/24, S. 38-42

**Rupp, Leila , 1997:** Worlds of Women: the Making of an International Women's Movement, Princeton

**Ruppert, Uta (Hg.), 1998:** Lokal bewegen – global verhandeln, Internationale Politik und Geschlecht, Frankfurt/New York

**Dies., 2000:** Global Governance: Das Ende der Illusionen oder ein neues Ideal internationaler Frauenpolitik? In: Holland-Cunz, Barbara; Uta Ruppert (Hg.), Frauenpolitische Chancen globaler Politik, Opladen S. 45-67

**Schuler, Margaret (Hg.), 1995:** From Basic Needs to Basic Rights: Women's Claim to Human Rights, Washington

**Taylor, Vivienne, 2000:** Marketisation of Governance. Critical Feminist Perspectives from the South, DAWN, Cape Town

**Wahl, Peter, 1998:** NGO-Multis, McGreenpeace und die Netzwerk-Guerilla. Zu einigen Trends in der internationalen Zivilgesellschaft, in: Peripherie71, Stichwort „NGO“, S. 55-69

**Wichterich, Christa, 1992:** Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio, Köln

**Dies.,1996:** Wir sind das Wunder, durch das wir überleben. Die 4.Weltfrauenkonferenz in Peking, Köln

**Dies., 1999:** Global Sisterhood – Woman Time Go Come, in: beiträge zu feministischen theorie und praxis 53, S. 111-127

**Dies., 2000a:** „Wir wollen unsere Rechte jetzt – und zwar mit Zinsen“. Fünf Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking: Bilanzen, Positionen, Perspektiven. Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr.5, Berlin

**Dies., 2000b:** Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Glokalisierung von Frauenbewegungen, in: Ilse Lenz; Michiko Mae; Karin Klose (Hg): Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen, Opladen, S. 233-257

**Woroniuk, Beth; Juliet Hunt; Tabeth Matizy Chiuta, 1998:** Mainstreaming Gender. Equality Perspectives in Bilateral Development Cooperation Focused on the Environment, o. O.

Erschienen in:

Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien, Heft 1+2/2001, 128-138